

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 11. März 1926.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Brno durch die Post:

monatlich Kf 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Kollektion von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Manuskripte.

Erhalten mit Ausnahme
des Montag täglich 100

Nr. 60

Politik auf eigene Rechnung.

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten wird in jedem Staate mehr als ein anderer seiner Kollegen auf Reisen sein müssen. Aber so wie Herr Benes es in der letzten Zeit mit dem Reisen hält, das muß doch verächtlich wirken. Von Lemesvar heimgekehrt, hält sich der Minister ein paar Tage in Prag auf, fährt dann nach Wien, reist von Wien nach Genf weiter, und während ihn in der Heimat alles sehnsüchtig erwartet, meldet die Fama schon wieder, er werde nach Rom reisen. Er scheint rein unter die Wandervogel gegangen zu sein, so wenig hält es ihn dort, wo er eigentlich seines Amtes zu walten hätte. Wäre aber dieses Reisen nur eine Leidenschaft, die um der Sache selbst willen geübt wird, sie ließe sich entschuldigen und höchstens mit dem Argument bekämpfen, daß Minister neben dem Vergnügen auch der Pflicht einige Zeit widmen sollten. Benes würde aber antworten, daß er eben nie zum Vergnügen, sondern immer die nstliche Reise, und eben das macht seine Reisen verächtlich und gefährlich.

Hinter solcher Geschäftigkeit, wie sie der Außenminister der Tschechoslowakei entwickelt, birgt sich selten etwas Gutes. Da von Benes zur Genüge bekannt ist, daß seine Außenpolitik sich in ganz bestimmten programmatischen Grenzen bewegt und die Verewigung des Versailler Unrechts sich als alleiniges Ziel gesetzt hat, muß jede seiner geheimnisvollen Reisen die Untertanen der Republik und doppelt die nicht die Staatsbürger sprechenden Bürger zweiten Ranges beunruhigen. Denn geheimnisvoll sind diese Reisen. Der Minister ist durch die Verfassung leider nicht verpflichtet, vor jedem Vertragsabschluss die beiden Kammern zu befragen und Richtlinien einzuholen, ja er ist auch nicht zur Ratifizierung der Staatsverträge durch das Parlament gehalten. Der Demokratie wurde lediglich eine Abschlagszahlung dadurch gewährt, daß der Außenminister die abgeschlossenen Verträge dem Parlament zur Kenntnis bringen muß. Benes tut das nie, bevor es unbedingt nötig ist. Er teilt dem Parlament viele Wochen später mit, was er bei der oder jener Reise für Geschäftsabschlüsse getroffen habe. So mittelstimmig er sein kann, so verschwiegen kann er auch sein. Dem Parlament gegenüber hält er es mit dem Sprichwort, daß Schweigen Gold sei, und zahlt am liebsten in dieser Edelvaluta. Es hat sich sogar schon der Unfug ereignet, daß er dem Parlament einen nichtisigen Bericht erstattete, die Journalisten aber zu sich berief und ihnen „streng konfidentiel“ — eine bezeichnende Redensart für den demokratischen Außenminister — mitteilte, was hinter den Kulissen vorgegangen sei. Wozu man den Journalisten, die doch das, was man ihnen mitteilt, verwerthen und veröffentlichen wollen, streng vertrauliche Mitteilungen macht, die man den Kammern vorenthält, ist in einem demokratischen Staate überhaupt schwer zu verstehen. Es ist nur daraus zu erklären, daß Benes zwar keinen Wert darauf legt, die Außenpolitik zu machen, die das Parlament mit Mehrheit billigen kann, wohl aber darauf bedacht ist, wie ein prominenter Tenor eine „gute Presse“ zu haben.

Zwischen zwei Reisen hat Benes unlängst im Parlament und in einem Ausschuss gesprochen. Er hätte Gelegenheit gehabt, die schwebenden außenpolitischen Fragen zu erörtern und dem Parlament seine allerhöchsten Absichten kundzutun. Er hatte nicht das Bedürfnis, mehr als Redensarten herzusagen. Er entwickelte seinen Plan eines Garantiepaktes mit Korthy-Ungarn, aber er verschwiegen, daß er seit Jahren Kenntnis von den Notensätzen der Konterrevolution hat. Er verschwiegen dem Parlament, was er unternehmen wolle, wenn Ungarn den Garantiepakts ablehne. Er kam aus Lemesvar, wo die Kleine Entente sich darüber klar geworden sein dürfte, daß ihr Bestand in der heutigen Form am längsten gewährt habe. In Lemesvar dürfte man nicht nur über das ungarische,

sondern auch über das russische Problem gesprochen haben. Benes hält seine Kollegen im Abgeordnetenhaus — denn wenn wir recht berichtet sind, ist Benes doch parlamentarischer Minister! — für viel zu wenig geschult, als daß er sie in die Feinheiten der diplomatischen Praxis einführen könne. A propos, Rußland! Wir erinnern uns nicht, daß Benes in der Zeit, da die Anerkennung Rußlands als aktuelles Problem gewertet werden muß, jemals dem Parlament ausführlich Rede und Antwort gestanden hätte. Die Anerkennung Rußlands, das ist eine Sache, die bestenfalls den Ministerrat beschäftigt, die Benes mit Kramak verabredet, die aber die Abgeordneten und Senatoren der demokratischen Republik nichts angeht. Genosse Dr. Czech hat dem Außenminister deutlich genug gesagt, was er wissen und worüber er reden sollte, der Redner der Opposition mußte den großen Diplomaten Benes auf die für die Republik nicht unwichtigen Vorgänge in der internationalen Politik aufmerksam machen. Natürlich weiß Benes auch, daß Europa heute in eine englische und in eine französische Machtsphäre zerfällt, daß Frankreich tagtäglich an Macht verliert, daß die Stellung der Kleinen Entente unhaltbar geworden ist. Aber er ist der Ueberzeugung, daß diese Dinge am besten auf dem alterprobierten Wege der Geheimdiplomatie bereinigt werden. Was Bismarck, Andrassy und Arentthal konnten, das kann Benes doch auch. Wir fürchten nur, und haben alle Ursache es zu fürchten, daß das Ende einmal ähnlich sein könnte wie bei Bülow, Bethmann, Arentthal und Berchtold. Benes treibt eine aufgelegte Geheimdiplomatie. Er fährt nach Wien und muß die Absicht zu dieser Reise doch schon länger, mindestens aber seit Lemesvar, mit sich tragen, aber er teilt dem Parlament nichts mit. Aus Wiener Zeitungen erfährt die Prager Öffentlichkeit, erfährt die Republik, wie schon so oft auch diesmal, was für ein Vertrag überhaupt zur Verhandlung stand und unterzeichnet wurde. Benes geht von Wien nach Genf. Die „Arbeiter-Zeitung“ stellt sicher mit Recht fest, daß er Allianzpläne als Konterbande mit sich führt. Unser Redner in der außenpolitischen Debatte hat vor Wochen vor den neuen Allianzen gewarnt. Benes erzählte damals nichts von seinen Plänen, er schweigt sich jetzt aus, wir sind neugierig, wann und wo er dem Parlament vorlegen wird, wenn er zwischen den vielen Reisen einmal dazu kommen sollte, ein paar Worte zu den Abgeordneten zu sprechen. Benes hat in Lemesvar über die deutsche Minderheitenpolitik gesprochen. Er hat in Interviews zu Deutschland Aufnahme in den Völkerbund Stellung genommen. Das Parlament wird, wenn es überhaupt etwas erfährt, nach vielen Wochen unterrichtet werden, was der Minister in der so wichtigen Frage zu unternehmen für gut hielt. Alle Welt begreift langsam, daß für Mitteleuropa eine ganz neue politische Basis gefunden werden muß, daß zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei andere Beziehungen geschaffen werden müssen, was natürlich nicht ohne eine Kursänderung im Innern geht. Vielleicht ist Benes der Ansicht, daß man diese Lösung noch Jahre hinausschieben kann. Das wäre kein Grund, nicht heute schon über sie oder den andern von Benes hartnäckig verfolgten Weg zu reden. Benes macht in Genf große Politik, er wird vielleicht von dort nach Rom zu dem Paralytiker fahren, der Europa in Schrecken und Aufregung hält. Das Parlament wird, wenn es Glück hat, noch einmal etwas davon erfahren, die Journalisten, wenn sie brav sind, vielleicht ein Quentchen mehr.

Alles geht „streng konfidentiel“ vor sich. Wir leben herrlich wie zu Metternichs Zeiten. „Und wie sich wandelt außen, wandelt sich auch innen“, das Logarische Wort gilt von der Politik dieses Landes. Diktatur in der Innen- und Außenpolitik. Svehla glaubt sich etwas zu verheben, wenn er es anders macht als Benes, und der wieder darf nicht demokratischer sein als der „Hofepriester“ der Demokratie. Man muß allen Ernstes einmal fragen, woher in drei Teufels Namen der Herr

Außenminister sein Recht zu dieser Politik schöpft. Wir haben keinen Minister des „kaiserlichen Hauses“ mehr, wie im alten Oesterreich der Außenminister hieß. Benes macht eine Politik auf eigene Rechnung, das wäre ganz schön, wenn nur nicht die Völker die Rechnung einmal bezahlen müßten. Aber es ist kaum zu hoffen, daß Benes durch seine folgamen Koalitionsabge-

ordneten das Handwerk gelegt wird. Er wird es so lange treiben, bis es Europa nicht mehr mitmacht. Er mag sich heute wie sein Vorgänger Metternich als Rutscher Europas vorkommen. Das Ende wird doch sein, daß — wie einmal in der Berliner „Weltbühne“ stand — das fünfte Rad am Wagen auf die Dauer nicht die Deichsel spielen darf.

Nach dem Vorbild Mussolinis:

„Für euch brauchen wir keine Handgranaten, auf euch genügt der Bendred!“

So antwortet der Nationalverteidigungsminister auf die Proteste der Oppositionsparteien im Senat wegen der Sprengstofftransporte durch die Prager Straßen und die Aufstapelung von Sprengstoffen in Prag!

Ungeheuerer Sturmstöße im Senat.

Prag, 10. März. Die heutige Senatssitzung war ein Musterbeispiel dafür, wie mächtig sich die Reaktion bereits in diesem Staate fühlt und wie willig das derzeitige Koalitionsregime daran geht, die letzten Reste der Demokratie zu beseitigen. Denn in der heutigen Sitzung erlaubte sich der Minister für Nationalverteidigung, der Nationalsozialist Stribrny, bei seinem Expose über die Prager Explosionskatastrophe einen Ausbruch, wie man ihn höchstens aus dem Munde des größtenwahnsinnigen Mussolini zu hören gewohnt ist. Diese die Opposition und die hinter ihr stehende Mehrheit der Bevölkerung höhnen und schmähenden Worte des Ministers entfesselten einen Entrüstungsturm, wie ihn der Senat noch nie gesehen hat. Minister Stribrny wurde minutenlang am Sprechen gehindert und mußte dann seine Ausführungen rasch schließen. Sonderbarerweise fand es der Vorsitzende Klossac für notwendig, die — protestierende Opposition zur Ruhe und Ordnung zu mahnen! Daß sich dadurch der Lärm zum fürchtbaren Tumult steigerte, ist begreiflich.

Wie vorausgesehen war, hat die Regierung bisher den Schuldigen an der Explosionskatastrophe nicht zu ermitteln vermocht. Die gesamte Bevölkerung ist über die Katastrophe empört, die öffentliche Meinung, die ohnehin durch den Plan der Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit schwer beunruhigt ist, verlangt stürmisch Maßnahmen, die eine Wiederholung eines solchen Spiels mit Menschenleben in Zukunft unmöglich machen, der Ruf nach einem rücksichtslosen Kampf gegen den Militarismus und gegen die Willkürherrschaft der Militärkamarilla wird von der arbeitenden Bevölkerung immer energischer erhoben — den Verteidigungsminister tangieren diese Tatsachen wenig, die Koalition benützt die Debatte über die Explosionskatastrophe als willkommenen Lückenbüßer, um einen Parlamentarismus vorzutauschen. Denn wenn Senator Solz bei Begründung der Interpellation der tschechischen Nationalsozialisten nichts anderes zu tun hat, als den Militarismus zu verherrlichen, wenn die Koalitionsensatoren sich bei der Besprechung von skandalösen Vorgängen lachend unterhalten, und ein Minister die Opposition in unglaublicher Weise zu beleidigen für notwendig hält — so kann man das wirklich keine würdige Aussprache über eine fürchtbare Katastrophe nennen!

Eine rühmliche Ausnahme machte da der tschechische Sozialdemokrat Senator Koval, der das Vorgehen der Militärverwaltung als Schlampe qualifizierte.

In der Debatte ergriff für unsere Partei Genosse Solz das Wort, dessen Ausführungen große Aufmerksamkeit erregten.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der Verlauf der Sitzung.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung, die um 15 Uhr begann, war eine äußerst dürftige: drei Immunitätsfälle. Bei all den dringenden Fragen, die hierzulande gelöst werden müssen, weiß die Koalition keine inhaltreichere Tagesordnung zu nominieren da der Kuhhandel in den verschiedenen „Sesths“ usw. eben noch nicht beendet ist.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Debatte über die Prager Explosionskatastrophe abgeführt.

Der tschechische Nationalsozialist Solz, der eine Vorrede auf den Militarismus hielt, begog-

nete bei seinen geschmacklosen Ausführungen den empörten Abwehr der Opposition. Seine Rede ging teilweise in der Luft der Zwischenrufe unter.

Bei der Rede des Kommunisten Touzil, der erklärte, daß die kommunistische Versammlung in Prag wegen Gefährdung der Ruhe und Sicherheit verboten wurde, steigerte sich der Lärm, als einige Koalitionsensatoren während der Schilderung des Redners zu lachen begannen. Der Redner sprach nämlich davon, daß man

die Ueberreste der Todesopfer mit einem Besen zusammenschrte und die Leichen dann mit einem Saß zudeckte.

Dies fanden einige Koalitionsensatoren so köstlich, daß sie laut lachen mußten!

Sodann meldete sich

Verteidigungsminister Stribrny

zu Worte, um eingangs festzustellen, daß nach dem Unglück von den Militärbehörden alles Notwendige geschehen sei. Der Minister zählte all die Arbeiten getreulich auf, die von den Rettungsmannschaften ausgeführt wurden, er wußte genau die Anzahl der Fenster zu nennen, die man wieder einsehen ließ.

Nur über die Ursache der Katastrophe war er nicht informiert.

Die Granaten seien nicht schuld, denn sie können nicht explodieren, das Pflaster sei nicht schuld, denn das schade nichts, der Wagen war für Munitionstransporte großartig geeignet — kurz und gut, niemand sei schuld. Denn dafür daß der Transport durch die Stadt erfolgte, sei nicht die Militärverwaltung verantwortlich, sondern — die Polizei! Denn diese habe die Verkehrsvoorschriften für Prag geschaffen. Damit basta! Natürlich werde man weiter untersuchen und hoffentlich den Schuldigen finden. . . . Er sah für die Schäden werde geleistet, obswar diesmal höchstwahrscheinlich wegen der „vis major“ keine Verpflichtung vorliege. Und wer nicht zufrieden ist, der soll klagen gehen!

Warum man Munition in der Stadt aufstapelt? Ja, die Vorschriften erfordern es!

„Gegen den inneren Feind braucht Ihr sie!“ rief da die Opposition.

Und da bekam der Minister die mussolinische Anwandlung, machte aus seinem Herz keine Mördergrube und erklärte mit höhnisch lächelndem Munde:

„Für euch brauchen wir keine Handgranaten, auf euch genügt der Bendred!“

Ein fürchtbarer Proteststurm der Opposition war die Antwort auf diese beispiellose Provokation. In dem Lärm hörte man nur einzelne Rufe wie: „Bodenlose Freiheit!“, „Lautsprecher!“ „Herunter mit ihm!“ „Abzug! Abzug!“ Der Tumult steigerte sich von Minute zu Minute. Vorsitzender Klossac ermahnt — nicht den Minister, sondern die Opposition! Er finde zwar die Worte des Ministers für nicht geeignet, er müsse jedoch die Opposition ermahnen, die Würde des Hauses zu wahren! Der Lärm erreicht nach diesen Worten den Höhepunkt, minutenlang versucht der Minister den Lärm zu überschreien, es nützt nichts.

Erst als der Vorstehende den Ausspruch zurückweist, wird es etwas ruhiger, und Zedlitz schließlich rasch mit einigen Lobphrasen auf die Notwendigkeit der Schlagkraft der Armee seine wenig rühmliche Rede.

Nach den Ausführungen des Verteidigungsministers wirkte die Rede des tschechischen Senators Novak wie eine Erleichterung. Der Redner wiederholte seine bereits in der Presse festgelegte Meinung über die Katastrophe, die dahin geht, daß der Transport der Granaten durch die Stadt eine Schlampe war. Novak ist mit der Antwort des Ministers nicht zufrieden; auf Grund einer Reihe von Beweisen hält er den Ausdruck Schlampe solange aufrecht, bis die Militärverwaltung Ordnung schafft.

Genosse Jodl,

der sodann nach einer Replik Stibrunys zu Worte kam, weist zuerst die geschmacklose Beleidigung des Ministers zurück und bedauert, daß der Vorsitzende keine Abmildung vornahm. Auf eine Einwendung des Vorsitzenden, er wolle nicht mit dem Präsidium polemisieren, erklärte Gen. Jodl:

„Wenn für uns Pöndereis genügen, so stelle ich fest, daß für den Minister ein Hofstaberl gehört!“

(Stürmischer Beifall.)

Redner führt dann weiter aus, daß seit dem Jahre 1919 bei 900 Millionen Kronen für Explosivstoffe ausgegeben wurden. Es wäre notwendig, zu erfahren, wo sich diese Mengen von Explosivstoffen befinden und ob alle Vorkehrungen getroffen wurden, um die Sicherheit der Bevölkerung in der Nähe der Aufbewahrungsorte zu gewährleisten. Die Fahrlässigkeit der Militärverwaltung macht es notwendig, daß in diesen Fragen Klarheit herrscht. Denn es ist ja genügend bekannt, wie sorglos bei den verschiedenen Schieß- und Sprengübungen vorgegangen wird: Unzählige Opfer und Verletzte haben ja schon die liegengelassenen Blindgänger auf den provisorischen Schießplätzen gefordert! Dabei sind ja diese Schießübungen ganz zwecklos, da im Ernstfall alle die geprüften Waffen im modernen Gaskrieg nichts ausrichten.

Wie bei den Blindgängern, so ist auch bei dem Explosionsunglück in der Tischlergasse kein Schuldiger gefunden worden. Die „höhere Gewalt“ hat bisher immer herhalten müssen, wenn es eine Schlampe zu verdecken gab.

Dabei wird weiter Munition in den Städten aufgestapelt, es wird weiter gerüstet.

Der Außenminister betätigt sich als Friedensfreund, der Verteidigungsminister rüstet zum Kriege!

Das sind die Auswirkungen Locarnos hierzulande. Allerdings bemängelt man die Kriegsrüstungen mit dem notwendigen Schutz der Grenzen. Daß man sich mit diesem Argumente nur lächerlich macht, will die Koalition nicht einsehen.

Sie scheint auch nicht zu wissen, daß Waffen allein zur Verteidigung nicht genügen, daß auch jemand da sein muß, um sie zu bedienen. Und da hat der Staat bisher nichts getan, damit ihn das Proletariat aller Nationen besonders bereitwillig zu verteidigen gewillt sein müßte.

Die Katastrophe von Prag enthüllt nicht die alte Schlamperie der Militärverwaltung. In Otmuch und jetzt sogar in Pilsen kommt beim Militär immer wieder Genidstarre vor in Folge der skandalösen Spitalbehandlung, neuer Korruptionsaffären werden gemeldet, die

Soldatensebstmorde häufen sich, immer wieder gibt es „Hochverratsprozesse“. Und über alledem thront ein aus Kostengeist geborener Herrschaftsdünkel, der bereits unerträglich wird. (Gen. Heller: Wenn der Minister so spricht!)

Redner befaßt sich dann mit den von uns gemeldeten Waffenschleibungen und gibt der Verwunderung Ausdruck darüber, daß die kompromittierten Ministerien sich bisher nicht gerührt haben. Er macht weiter darauf aufmerksam, daß sich

Minister Stibruny darüber ausgesprochen habe, welche Vorsichtsmaßnahmen bei Munitionstransporten getroffen werden.

Die Katastrophen der Vergangenheit hätten doch als Warnung dienen können. Selbst im alten Oesterreich mußte Munition um

eine Stadt herumgeführt

werden und das nur in den frühen Morgenstunden und bei Mitternacht von Sicherungspatrouillen. Auch die Art der Wagen war genau vorgeschrieben.

Wo aber blieben in Prag die Aufsichtsoffiziere?

Man weiß darüber, daß sie gefehlt haben, nichts zu sagen. Dafür wußte



Die Karlsbader Vorfälle.

Unserer Interpellation die Dringlichkeit zuerkant. — Beginn der Debatte. — Innenminister Roček verteidigt die Polizei! — Neuerliche stürmische Szenen.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde in späteren Abendstunden unserer Interpellation über die Karlsbader Vorfälle die Dringlichkeit zuerkant und mit der Debatte sofort begonnen. Auf die fulminante Anklage des Gen. Löw antwortete der Innenminister Roček in einer Weise, die am besten zeigte, daß die Koalition gewillt ist, alle Uebergriffe ihrer Organe zu decken. Der Innenminister verwickelte die Karlsbader und Pilsener Vorfälle und wählte zur Verteidigung der Karlsbader Polizei nichts anderes als altösterreichische Verordnungen zu zitieren. Die Koalition klaischte dem so gefeierten reaktionären Oesterreich begehrte Beifall.

Der Innenminister beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Wiedergabe des Berichtes der Polizei. Er las also die Verteidigungsrede der an den Vorfällen Schuldigen einfach vor, ohne daß er sich die Mühe genommen hätte, durch Unparteilichkeit die ganzen Vorfälle untersuchen zu lassen.

beim Begräbnis der Opfer der Militärkurat vieles über den Rügen des Militarismus zu erzählen. Das Begräbnis wurde zu einer militärischen Demonstration mißbraucht!

Verständlich wird einem dieses Vorgehen und diese offensichtliche Vereinnahmung der Armee gegen den „inneren Feind“, wenn man bedenkt, wer an der Spitze der Armee steht, wer den am meisten verantwortlichen Generalstab befehligt. Es sind dies

die Generale Shrobh und Gajda.

Man braucht da nur feststellen,

daß General Gajda in Sibirien 128 Regimäre niederstießen ließ, weil sie nicht in die weiße Kollschal-Armee eintreten wollten, und man hat den Kreis geschlossen!

Es ist selbstverständlich, daß uns die Aufklärungen der Regierung nicht genügen können, und daß wir ihnen nicht zustimmen werden! (Stürmischer Beifall.)

Nach dem Genossen Jodl sprach noch ein Reihe von Rednern, die alle, soweit sie der Koalition angehörten, denselben Entschuldigungsmaterial für die Militärverwaltung vorbrachten. Die Erklärung des Ministers wurde — selbstverständlich! — von der Koalition zur Kenntnis genommen.

Unsere Genossen blieben dem Innenminister die Antwort auf diese Art von „amtlicher“ Erledigung eines polizeilichen Willküraktes nicht schuldig und setzten ihm mit Zwischenrufen so zu, daß er ganz aus dem Konzept geriet. Er wählte schließlich auf die treffenden Vorkhaltungen der Genossen Kiehn er, Dr. Heller, Löw und der anderen Genossen nur nichtsagende Phrasen zu entgegnen, die natürlich von der Koalition mit Beifall quittiert wurden.

Wir werden über die Rede des Gen. Löw sowie über die Ausführungen des Innenministers morgen ausführlich berichten.

Die Debatte über die Karlsbader Vorfälle wird in der morgigen Sitzung, die um 10 Uhr vormittags beginnt, fortgesetzt werden.

Feste Zölle und Kongrua-Erhöhung.

Agararisch-kerikale Verbrüderung. — Schwächlicher Protest der tschechischen Sozialdemokraten.

Prag, 10. März. In der heutigen Sitzung der Parlamentspräsidiums wurden die Dispositionen für den Rest der Winteragung getroffen. Demnach sollen die beiden Sitzungen die er Woche der Debatte über die Sprachenverordnung gewidmet sein. Ein Exposé des Innenministers Dr. Roček sowie die Berichte der Regierung, bzw. der Minderheit des Initiativkommisses über den Mißtrauensantrag gegen die Regierung sollen die Debatte einleiten, die den ganzen morgen Tag und voraussichtlich auch noch Freitag andauern

dürfte. Die tschechischen Sozialdemokraten haben eine Interpellation wegen der Explosion in der Tischlergasse eingebracht, auf die vielleicht morgen schon der Minister Stibruny antworten wird.

Die Krise innerhalb der Koalition hat sich wieder einmal scharf zugespielt, und zwar durch die Forderung der Agrarier nach festen Getreidezöllen. Das Abendblatt des „Pravo Lidu“ weist auf die in letzter Zeit ausgebildete enge Verbindung zwischen den Kerikalen und den Agrariern hin. Die Agrarier, die bisher für ihre Zollpläne bei den Nationaldemokraten Hilfe suchten, fanden heute die beste Unterstützung bei den Kerikalen, und Soehla verhandelt hinter dem Rücken der Koalition mit den slowakischen Kerikalen über deren Eintritt in die Regierung. Für die Unterstützung in der Zollfrage sollen die Kerikale eine Erhöhung der Kongrua erhalten und Soehla werde sich außerdem bemühen, den Kon-

flikt mit dem Vatikan beizulegen. Ein Anzeichen dieser neuesten agrarisch-kerikalen Gemeinschaft sei auch das Vorgehen des agrarischen Unterrichtsministers Erdinko, der die fortschrittlichen Beamten aus dem Unterrichtsministerium entferne und die Abteilung für Schulreform überhaupt aufgelöst habe. So läßt die Koalition heute aus und deshalb seien für heute die beiden Klubs der tschechischen Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vollzugsausschuß zusammengerufen worden. Es seien keine überstürzten Beschlüsse zu erwarten, doch sei die Partei zum äußersten Kampfe gegen diese reaktionären Eröffnungen bereit.

Die erwähnten Beratungen der tschechischen Sozialdemokraten brachten eine ausführliche Debatte über die innerpolitische Situation. Bemerkenswert ist, daß nach einem Referat Brobeckys über die Beamtenvorlagen in der Debatte konstatiert wurde, daß diese wichtige Vorlage nicht überstürzt werden dürfe und daß sich der engere Ausschuss gründlich mit ihr beschäftigen und die Wünsche der Organisation berücksichtigen müsse. Erst dann könne die Vorlage dem sozialpolitischen Ausschuss vorgelegt werden. — Nur schade, daß die tschechischen Genossen erst heute zu dieser Einsicht gelangen, wo das Subkomitee mit ihrer Mithilfe die Vorlagen längst durchgeprüft hat.

Die Parteieninstanzen der tschechischen Sozialdemokraten beschloßen ferner, eine Kundgebung an die Parteipublikum zu richten, worin auf die bereits im Abendblatt des „Pravo Lidu“ veröffentlichten Zusammenhänge zwischen den Forderungen der Agrarier nach festen Zöllen und den Kongruaforderungen der Kerikalen sowie auf die Verhandlungen mit den slowakischen Volksparteilern über deren Eintritt in die Regierung, die ohne vorhergehende Zustimmung der Sozialdemokraten erfolgt seien, hingewiesen wird. Andererseits sei es den Sozialdemokraten bisher nicht gelungen, das Vorförderungsrecht sowie das Recht über die Altersversorgung der mehr als 65jährigen durchzusetzen. Der Aufruf begünstigt sich, auf diese Erscheinungen die Aufmerksamkeit der breitesten Parteimitglieder hinzuwenden und anzukündigen, daß die Parlamentarisation entschlossen sei, in dem Abwehrkampf gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf die Lebensinteressen der arbeitenden Schichten alle ihr zweckmäßig erscheidenden Wege zu wählen.

Eine Dummheit aus Bräse.

Ein Zeitungs-korrespondenzbüro übermittelte uns gestern einen Auschnitt des Brüsseler Blattes „XX. Siecle“, der sich als Kuriosum für Geld könnte sehen lassen. Es handelt sich nämlich um einen Bericht dieses, wahrscheinlich nationalistic belgischen Blattes über die „deutsche Minderheitenpolitik“ im allgemeinen und die der Sudetendeutschen im besonderen. Darin wird nun von den Protestkundgebungen in „Usti, Tautov“, „Lansko, Treplice“ und „Ratibary“ Mitteilung gemacht und dabei unter anderem auch der „Sozialdemokrat“ folgendermaßen zitiert und kritisiert:

„Der „Sozialdemokrat“, das Organ der tschechoslowakischen Sozialisten, meldet, daß auch die Sozialdemokratie zusehends mit den deutschen Parteien fünfzig Protestversammlungen organisiert hatte. Wir stellen wieder einmal den scheinlichen Zusammenhang zwischen Sozialismus und deutscher Politik fest.“

Die Uninformiertheit und Ignoranz des belgischen Journalisten ist so groß, daß man seine verfehlten Gedanken gar nicht so leicht entwirren kann. Jedenfalls weiß er nur von einer

Dieser, was immer er auch privat von der Sache denken mochte, hatte aber keine Entscheidungen nach den Formalitäten des Gesetzes zu treffen.

„Solange die Lady, von der Sie behaupten, daß sie den gleichen Namen trägt, nicht hier anwesend ist, um ihre Ansprüche an die Erbschaft geltend zu machen, kann ich von Ihrer Mitteilung nicht Kenntnis nehmen“, sagte er zu Evans gewandt.

„Oh, die Lady ist hier“, entgegnete Evans, sich nach der Eingangstür umwendend, durch die, im rechten Augenblick von Escher herbeigeholt, eben Eileen und Peggy eintraten. „Treten Sie vor und erklären Sie Seiner Ehren, daß Sie Eileen Malony, die Tochter Patric Malonys sind und Anspruch auf die Hinterlassenschaft Ihres Vaters erheben.“

„Sie ist eine Betrügerin!“ schrie die andere Miß Malony, die der Schreck über das plötzliche und gänzlich unerwartete Erscheinen Eileens, die sie weit weg geglaubt hatte, unter ihrem Puder hatte erleiden lassen.

Sie wurde sofort von ihren Freunden beschwichtigt.

„Wähigen Sie sich!“ warnte der Magistrat. „Meine Klientin bittet um Entschuldigung“, sagte Murphy mit einer Verbeugung gegen den Magistrat. „Sie hat sich hinreichend lassen, was unter den Umständen allerdings verständlich ist. Es scheint mir fast selbst, als ob wir hier einem Komplott gegenüberstehen, meiner Klientin ihre gerechten Ansprüche zu rauben. Das wird freilich nicht gelingen.“

„Wie heißen Sie?“ wandte sich der Magistrat an Eileen, die, eingeschüchtert von der ihr ungewohnten Umgebung eines Gerichtszimmers, von Evans vorwärts gedrängt wurde.

Sie nannte ihren Namen.

„Und Sie behaupten, die Tochter des im September vorigen Jahres hier verstorbenen Patric

Malony zu sein? Haben Sie irgendwelche Beweise für die Richtigkeit Ihrer Behauptung?“

„Ich habe den letzten Brief hier, den mir mein Vater nach San Franzisko sandte“, sagte sie mit kaum hörbarer Stimme, indem sie in einer kleinen Tasche suchte, die sie in der Hand trug.

„Zeigen Sie her!“ verlangte der Magistrat. Der Brief wurde ihm hinaufgereicht und er las ihn, worauf Mr. Murphy ihn zu sehen verlangte.

„Der Brief ist sicher interessant“, sagte er überlegen lächelnd, als er ihn dem Magistrat zurückreichte. „Nur fehlt leider der Beweis, daß er tatsächlich von dem verstorbenen Patric Malony geschrieben wurde.“

„Vielleicht hat sich in dem Nachlaß des Verstorbenen irgendein Schriftstück mit seiner Handschrift vorgefunden, das zu einem Vergleich der Handschriften dienen könnte?“ wandte sich der Magistrat fragend an ihn.

„Rein.“

„Dann kann ich den Brief als Beweisstück nicht anerkennen“, entschied er und ließ ihn Eileen wieder zurückreichen. „Ist niemand hier, der Sie in San Franzisko gekannt hat und uns bestätigen kann, daß Sie heißen, wie Sie angeben?“

„Hier, Mr. Escher. Der hat mich aber auch erst auf dem Schiff kennen gelernt.“

„Das genügt nicht“, wehrte der Magistrat ab. „Wenn Sie keine Beweise für Ihre Angaben beibringen können, so fürchte ich, muß ich gegen Sie entscheiden, denn auf der andern Seite ist durch den Zeugen Preston Lynn, für den zwei Bürger dieser Stadt die Verantwortung übernommen haben, bestätigt, daß diese Lady da Miß Eileen Malony ist.“

Peggy hatte Evans beim Arme gefaßt und ihm etwas zugeflüstert. Jetzt wandte er sich an den Magistrat.

den wir einen Brief seiner Tochter bei ihm. Ich gab diesen an Mister Murphy, damit er sich mit ihr in Verbindung setzen möge. Wenn er diesen Brief hier vorlegen wollte, so könnte dann jede der beiden Damen etwas niederschreiben und wir könnten sehen, welche Handschrift mit der des Briefes übereinstimmt.“

„Wie ist das, Mister Murphy?“ fragte der Magistrat.

„Was Mister Evans sagt, ist richtig“, entgegnete Murphy. „Der Brief ist aber nicht vorhanden. Jemand muß ihn an sich genommen haben, vermutlich der Friedensrichter, der die Angelegenheit damals mit mir bearbeitete. Ich habe ihn jedenfalls nicht in meinen Akten.“

Murphy war nicht zu fangen. Die Sache lag ganz klar. Niemand wohl im ganzen Zimmer traute diesem jungen Mädchen zu, daß sie einen so dreifachen Betrug versuchen würde. Noch unfinniger war der Verdacht, daß etwa der Millionär Evans sie dazu angestiftet habe — und doch wurde es immer gewisser, daß die Entscheidung des Magistrats gegen sie ausfallen mußte, und daß sie es würde mit ansehen müssen, wie ein Vermögen, das ihr gehörte, auf Grund einiger gefehlter Formalitäten einer Gruppe von Gaunern überantwortet wurde.

„Ich bitte dann im Namen von Miß Malony die Sache zu vertagen, damit sie Gelegenheit hat, Zeugen von San Franzisko kommen zu lassen, die alle ihre Angaben bestätigen werden.“ rief Evans.

„Ich widerspreche dem Antrag“, erklärte Murphy. „Das Gesetz unseres Landes läßt Vertagungen einer Verhandlung nur in ganz ausnahmaweisen Fällen, und auch dann nur unter gewissen Voraussetzungen zu. Dazu gehört, daß jeder Einwand, auf den hin eine Vertagung ausgesprochen werden kann, ausreichend tatsächlich begründet sein muß.“

„Eure Ehren, als Patric Malony starb, fan-

(Fortsetzung folgt.)

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1924

Die Goldwäcker am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldjunde in Kanada und Alaska

65 von Emil Drouberg

„Einen Augenblick, Eure Ehren“, sagte er. „Ist es Euer Ehren bekannt, daß zwei Miß Eileen Malony existieren? Angenommen also, daß sich die Zeugen in ihrer Angabe, daß die Dame hier Miß Malony ist, nicht geirrt haben, so wäre noch immer festzustellen, welche von beiden die Erbin ist.“

Den Eindruck, den diese Worte unter den Anwesenden hervorriefen, konnte man von jedem Gesicht ablesen. Auch die Unbeteiligten empfanden, daß das, was man bisher für eine reine Formalitätsfrage gehalten hatte, jetzt plötzlich eine Wendung nahm, die eine sensationelle Entwicklung verhieß.

Murphy und seine Gruppe hatten mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Dinge diesen Lauf nehmen würden, seitdem ein unglückseliger Zufall es gefügt hatte, daß die richtige Erbin nicht nur überhaupt, sondern auch noch mit dem gleichen Dampfer nach dem Klondike gereist war. Sie hatten ja auch ihre Maßnahmen danach getroffen. Die Anwesenheit Eschers, von der ihnen Lynn sofort im Hülfsstern Mitteilung gemacht hatte, in Begleitung von Davy Evans unter den Zuhörern ließ aber mit Sicherheit ernste Entwicklungen erwarten, denen gegenüber man kaltes Blut zu behalten hatte. Murphy wechselte nur einen Blick mit McPhee und seine Lippen preßten sich zusammen. Der Moment des Beginns des Kampfes war jetzt gekommen. Er überließ zunächst aber alles Weitere dem Magistrat. Das war das sicherere

tschechischen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei und nichts von einer deutschen. Ist das schon bei einem politischen Mangel genug, so sollte es doch wenigstens wissen, daß die tschechischen Sozialdemokraten seit den sieben Jahren des Bestandes der Republik in deren Regierung sitzen und also kaum Protestveranstaltungen gegen Regierungsmassnahmen organisieren dürften. Weil das bürgerlich-deutschfeindliche Blatt aber das alles nicht weiß, am wenigsten die Tatsache, daß ein tschechischer sozialdemokratischer Minister die Sprachenverordnung mitunterschied, findet es in den „sozialdemokratischen“ Protestveranstaltungen eine Unterstützung des berühmten antisozialistisch-nationalistischen Arguments von der Deutschenfeindschaft der Sozialdemokratie schlechthin, nur daß Deutschenfreundlichkeit in diesem Falle nicht den französischen oder belgischen, sondern, ausgerechnet, den tschechischen Sozialdemokraten vorgeworfen wird. „Wie sich die tschechisch-sozialdemokratische Verbündete“, heißt's im Untertitel zu dem belgischen Zeitungsbericht; es wird notwendig sein, daß die tschechischen Sozialdemokraten dem Brüsseler Blatt eine Berichtigung einsenden und es darüber aufklären, daß nicht der tschechische Sozialismus „deutsche Politik“ macht, sondern daß die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei gegen die nationale und soziale Vergewaltigung der deutschen Arbeiter in diesem Staate sich auflehnen.

Unsere Protestveranstaltungen in Ostböhmen.

Bereits am Sonntag, den 28. Februar haben im Arnauer Bezirk und zwar in Hermanseifen und in Tscherna sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden, die sich mit den jetzigen politischen Vorgängen in der Tschechoslowakei beschäftigten. In beiden Versammlungen wurde Verwahrung dagegen eingelegt, daß ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Not der arbeitenden Klassen die Regierung daran geht, die Steuerlasten zu vergrößern. Ebenso fand die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz die verdiente Verurteilung. In beiden Versammlungen sprach der Abgeordnete Genosse Schäfer. Am Samstag, den 13. März hielten die Oberadersbacher Genossen eine Volksversammlung ab, die sich ebenfalls scharf gegen den Steuerdruck, gegen die Beibehaltung der 18monatlichen Dienstzeit und gegen die Sprachenverordnungen wendete. Eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung fand am 7. März in Merfeldsdorf statt. In dieser Gemeinde gibt es noch keine sozialdemokratische Lokalorganisation. Aber der Verlauf der Versammlung bewies, daß die Partei in dem Orte zahlreiche Anhänger zählt. Es waren nicht nur die Arbeiter stark vertreten, sondern auch die übrigen Bevölkerungsgruppen. Für den gleichen Tag abends hatte die Braunauer sozialdemokratische Bezirksorganisation eine Volksversammlung nach Niederadersbach einberufen, die von Arbeitern weniger stark besucht war, sondern mehr von Landwirten und Gewerbetreibenden. Auch hier fand die Verurteilung der tschechoslowakischen Koalitionspolitik allgemeine Zustimmung. Ebenso in der Volksversammlung, die am nächsten Tag, Montag, den 8. März in Böschau bei Weledsdorf stattfand. In den vier Versammlungen im Gebiete der Braunauer Bezirksorganisation sprach ebenfalls der Abgeordnete Genosse Schäfer, außer ihm in Merfeldsdorf und in Niederadersbach noch der Sekretär der Braunauer Bezirksorganisation Genosse Franz Seidel.

In Kreibitz bei Wernsdorf fand im Gasthaus zum Rathaus eine sehr gut besuchte Protestversammlung statt, bei der Senator Gen. Rehl referierte. Die Versammlung quittierte seine Ausführungen mit Beifall. Eine Debatte fand nicht statt.

Die Wirren in China.

Peking und Tientsin vom Meere abgeschnitten. — Drei einander bekämpfende Armeen.

London, 10. März. Aus dem Schwall von Meldungen über die Ereignisse in China, die einander zum Großteil ziemlich widersprechen, kann man sich etwa folgendes Bild über die Situation machen: China macht einen Bürgerkrieg mit, von dessen Ausgang das Schicksal Peking und der chinesischen Zentralregierung abhängt. Die Provinz Tschili und die Städte Peking, Tientsin und Taku sind in der Hand der Genjushang und der Nationalen Armee, welche gemeinsam operieren. Diese werden im Norden von Tchangsolin, dem Herrn der Mandchurei, im Süden von Wupeiju, der nur etwa 50 Meilen von Tientsin entfernt ist, bekämpft. Da Wupeiju eine Flotte zur Verfügung hat, hat er Peking und Tientsin vom Meere abgeschnitten und beschließt die Rüste.

Rostau, 10. März. (R.) Die chinesische revolutionäre Nationalarmee hat die Truppen des Generals Tchangsolin aus der Stadt Matschan sowie aus zwei weiteren Städten vertrieben. Eine Abteilung russischer Weißgardisten, die sich unter den Truppen Tchangsolins befinden, wurde zerstreut. Die Nationalarmee bedrängt auf der ganzen Front die Truppen der gegenrevolutionären Generale. Im Zusammenhange damit hat Tchangsolin Verhandlungen über einen Waffenstillstand eingeleitet.

**Der Innenminister hat das Wort!
Der Ausnahmezustand in Fischen.**

Dringliche Interpellation unserer Genossen im Senat.

Prag, 10. März. Die vollständig geschwridige und vom reaktionären polizeilichen Eigendünkel verhängte Verhängung des Ausnahmezustandes über die Gemeinden Neu- u. Alt-Fischen hat die Genossen Böw und Dr. Heller veranlaßt, im Namen unseres Senatorenklubs folgende dringliche Interpellation an den Innenminister zu richten:

Am 5. Februar 1926 erließ der Leiter des Polizeikommissariates Karlsbad, Dr. Wolaba, nachstehende Verfügung:

Nr. 3805.

Rundmachung.
In den letzten Tagen war unser Polizeitron Schauspiet von heftigen Ausschreitungen, wobei die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört sowie auch die Sicherheit der Personen und des Eigentums gefährdet wurde. Gestern wiederholte sich ein solcher Fall in Neu-Fischen.

Infolge dieser Ereignisse finde ich mich bestimmt, für die Gemeinden Neu- und Alt-Fischen im Grund des § 3 Punkt 1 der Rundmachung des Ministers des Innern vom 24. April 1923, Nr. 83 Sg. d. G. u. V., folgende außerordentliche Maßnahmen zu treffen:

1. Menschenansammlungen und Zusammenrottungen an öffentlichen Orten und Plätzen sind strengstens untersagt.
2. Nach 9 Uhr abends darf sich niemand mehr auf der Straße aufhalten, die Haustore sind zu dieser Stunde zu schließen. Die Haushaltungsvorstände und Dienstgeber haben im Sinne des § 281 Str. G. Sorge zu tragen, daß niemand von den Hausgenossen nach 9 Uhr abends das Haus verläßt. Für Kinder und Jugendliche bis 15 Jahren ist auch während der Tagesstunden der Aufenthalt auf der Straße ohne zwingende Gründe unstatthaft.
3. Die Polizeisperrstunde für Schank- und Gastgewerbe wird mit 9 Uhr abends festgesetzt. Nach Ablauf dieser Stunde dürfen in den betreffenden Lokalitäten keine Gäste verweilen.

Gegen diejenigen, die diese Verbote außerachtlassen würden, insbesondere aber gegen Ausschreitungen jedweder Art und Weise wird mit allen Mitteln der öffentlichen Macht rücksichtslos eingeschritten werden. Begangene Uebertretungen werden nach den einschlägigen Vorschriften mit der größten Strenge geahndet. (§§ 7 und 11 der Verordnung vom 20. April 1884 R. G. Bl. Nr. 96 bezw. die Gewerbeordnung.)

Die Bevölkerung wird nachdrücklich aufgefordert, die Geseze und Anordnungen der Behörde zu beachten und unter allen Umständen Besonnenheit, Ruhe und Ordnung zu bewahren, da widrigenfalls schärfste Maßnahmen, eventuell auch die Verhängung der Standrecht in Anwendung gebracht werden könnten.

Polizeikommissariat in Karlsbad,
am 4. März 1926.

Der Polizeirat und Kommissariatsleiter:
Dr. Wolaba m. p.

Für diesen Erlaß fehlen alle gesetzlichen und materiellen Voraussetzungen.

Vor allem enthält die Rundmachung des Ministers des Innern vom 24. April 1923 Nr. 83 nichts anderes, als daß sie ein Polizeikommissariat in Karlsbad errichtet und dessen Wirkungskreis im zitierten § 3 Punkt 1 dahin umschreibt, daß dieser Wirkungskreis die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe umfaßt. Diese Bestimmung in Verbindung des § 2, Abs. 2, des Ges. vom 16. März Nr. 165 besagt nichts anderes, als daß die nach § 28 Punkt 2 G. 8 sonst der Gemeinde obliegende Sorge für die Sicherheit der Person und des Eigentums, eben die Sicherheitspolizei in Karlsbad der Gemeinde abgenommen und dem Polizeikommissariat übertragen wird. Niemand gibt diese Rundmachung dem Polizeikommissariat das Recht, in dem ihm unterstehenden Polizeitron Verfügungen zu treffen, welche die durch die Verfassung gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte aufheben.

Einzig und allein das Gesez vom 14. April 1920 Sg. Nr. 300 enthält Bestimmungen über außerordentliche Verfügungen, durch welche zeitweise die durch die Verfassung in den §§ 107, 112, 113 und 116 und durch das Gesez über den Schutz der Freiheit der Person und des Hauses gewährleisteten Freiheiten eingeschränkt oder aufgehoben werden können. Hierzu ist aber nach § 3 dieses Gesezes ein vom Präsidenten der Republik genehmigter Beschluß der Regierung notwendig; das Gesez enthält eine Reihe von Sicherungen gegen dessen Mißbrauch und schreibt im § 15 vor, daß die auf Grund dieses Gesezes erlassenen Verordnungen spätestens innerhalb 14 Tagen der Nationalversammlung vorzulegen sind und erlöschen, wenn eines der beiden Häuser die Zustimmung zu der erlassenen Verordnung verweigert. Der Leiter des Polizeikommissariates in Karlsbad hat sich hier Rechte angemahlt, die sonst nur der Regierung zustehen, die überdies die Genehmigung des Präsidenten der Republik bedarf. Es handelt sich hier um eine so ernste, alle Rechte der Staatsbürger bedrohende, das Rechtsgefühl der gesamten Bevölkerung tief berührende Maßnahme, daß es unbedingt notwendig ist, sofort Aufklärungen zu erteilen.

lose Bevölkerung erlassen. Jedes Wort dieser Verordnung ist eine Unwahrheit. Es kamen keinerlei Ausschreitungen vor, die öffentliche Ruhe und Ordnung wurde von der Bevölkerung nicht gestört, weder die Sicherheit der Person, noch jene des Eigentums war gefährdet. Es lag zu dieser unerhörten Maßnahme, welche durch 5 Tage in Kraft war, nicht der geringste Anlaß vor.

Wir haben den dringenden Verdacht, daß Herr Dr. Wolaba diese Verordnung nicht ohne Zustimmung des Ministeriums des Innern erlassen hat. Wie dem auch sei, es liegt eine schwere Verletzung der bestehenden Geseze, eine schwere Beeinträchtigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Staatsbürger, eine unerhörte, in den Tatsachen und Vorkommen nicht begründete Maßregel vor. Der ganze Vorgang ist um so schwerwiegender, als es sich um den Wellkurort Karlsbad handelt, dessen Ruf durch das Vorgehen der Polizei und die Verfügung ungemein gefährdet ist.

Wir fragen den Herrn Minister:

1. Wie kann er die Ausnahmeverfügungen des Leiters des Polizeikommissariates in Karlsbad nach dem Gesez und sachlich rechtfertigen?
2. Ist er bereit, den schuldtragenden Leiter des Polizeikommissariates in Karlsbad, Herrn Dr. Wolaba, zur Verantwortung zu ziehen?
3. Wie kann er rechtfertigen, daß das Ministerium diesen dem Gesez widersprechenden Zustand durch 5 Tage zugelassen und nicht sofort dessen Beseitigung veranlaßt hat?

Das neue Ministerium Briand.

Geringe Veränderungen. — Finanzminister Raoul Beret.

Kolonienminister: Porrier.
Minister für Pensionen: Jourdain.
Arbeitsminister: Durajour.

Die neue Regierung wird sich der Kammer am 14. März vorstellen. Briand wird noch heute abends nach Genf abreisen und gedenkt dort bis Sonntag zu bleiben.

In dem neuen Ministerium befinden sich drei Vertreter der demokratischen Linken (Radikale aus dem Senate), drei Fraktionsmitglieder der Sozialistisch-Radikalen (Radikale aus der Kammer), zwei Mitglieder der Fraktion sozialistischer Republikaner (Briand-Partei), zwei Mitglieder der radikalen Linken und zwei Mitglieder der republikanischen Linken sowie ein Mitglied, das keiner Fraktion angehört (Laval). Neubesetzt wurden bloß die Ministerien für Justiz, Inneres, Finanzen und Unterricht.

Kleine Fortschritte in Genf.

Die Ausnahmekommission macht keine Schwierigkeiten.

Genf, 10. März. (Eigenbericht.) Das Subkomitee der Ausnahmekommission der Völkerbundsversammlung unter dem Vorsitz Chamberskins hat heute nachmittags in kurzer Sitzung seinen Bericht für die morgen vormittags zusammenzutretende Vollversammlung der Kommission fertiggestellt. Auf Antrag des Vorsitzenden hat das Subkomitee nach Entgegennahme des Berichtes der ständigen Militärkommission des Völkerbundes beschlossen, von einer besonderen Anhörung eines Mitgliedes der deutschen Delegation abzusehen, und in seinem Berichte festgestellt, daß der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund kein Hindernis entgegenstehe. Die Vollkommission dürfte diesen Bericht morgen vormittags debattelos annehmen. Damit ist der Weg Deutschlands in den Völkerbund frei, vor-

ausgesezt, daß die heute noch fortzuführende Verhandlung in Anwesenheit Briands endgültig ein günstiges Ergebnis hat. Angesichts des glatten Verlaufes der Verhandlungen im Subkomitee nimmt man hier an, daß die Dinge doch noch einen beschleunigten Verlauf nehmen werden. Man glaubt auch aus gewissen Anzeichen schließen zu können, daß die Hauptwiderstände im wesentlichen beseitigt sind und daß die Einzelheiten in der heutigen oder morgigen Besprechung sich ohne weitere Schwierigkeiten werden regeln lassen. Deshalb nimmt man an, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in der Sitzung der Vollversammlung am Freitag wird erfolgen können. Dann wäre es möglich, daß der Rat am Samstag oder Sonntag seine Arbeit beendet.

gen aus den Rassen der Verbände oder Sektionen, noch durch Sammlungen von Mann zu Mann, noch auf irgendwelche andere Weise zu unterstützen. Die Entsendung einer Delegation kann nur im Einverständnis mit den angeschlossenen Verbänden und unter Mitwirkung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ins Auge gefaßt werden."

Der Volkseid.

Bisher 559.000 Stimmen allein in Berlin.

Berlin, 10. März. (Eigenbericht.) Auch am gestrigen Dienstag hat der Andrang zu den Eintragungslisten für den Volkseid ungemein über angehalten. Mit 122.425 blieb der Dienstag nur um wenig hinter dem Montag zurück. In Berlin sind bisher insgesamt 559.000 wahlberechtigte Stimmen abgegeben worden. Auch aus dem Reich wird eine rege Beteiligung gemeldet.

Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt Broschüren gegen die Fürstenabfindung.

Berlin, 9. März. Auf Anordnung des Oberreichsanwaltes erschienen gestern in der hiesigen kommunistischen Verlagskontrolle Kriminalbeamte, um die Broschüre „Keinen Pennig den Fürsten“ auf Antrag der Staatsanwaltschaft München (!) zu beschlagnahmen. Eine große Anzahl von Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes, die gerade Flugzettel in Empfang nehmen wollten, setzten den Beamten Widerstand entgegen, so daß Schutzpolizei herbeigerufen werden mußte.

Die Schweizerischen Gewerkschaften gegen die „Rußlandreisen“.

Der Schweizerische Gewerkschaftsausschuß hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Gewerkschaftsausschuß nimmt Kenntnis von der unter Mitwirkung einiger Gewerkschaftsverbände und Zentralverbände erfolgten Konstituierung eines Initiativkomitees für die Organisation der Reise einer Arbeiterdelegation nach Rußland. Er stellt fest, daß die Beteiligung an diesem Komitee unvereinbar ist mit dem organisatorischen Grundsatz der Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, der auch im Gewerkschaftsbund gelten muß. Der Gewerkschaftsausschuß erklärt, sich durch die Tätigkeit solcher von einer politischen Partei inspirierten Komitees in keiner Weise beeinflussen zu lassen und sich an einer solcher Art organisierten Rußlandreise nicht zu beteiligen. In Anbetracht dessen, daß bei einer derart mangelhaften und ohne Programm vorbereiteten Reise wie der beabsichtigten, deren einziger Zweck für die Schweizerische Arbeiterchaft, die Orientierung über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse in Rußland, nicht erreicht werden kann, empfiehlt der Gewerkschaftsausschuß der organisierten Arbeiterchaft, die Bestrebungen des sogenannten Initiativkomitees weder durch Geldleistung

Mus Stadt und Land.

Hochverräter der Mitter.

Ein Beitrag zur Gedankenfreiheit in Russland.
Vor etwa drei Jahren wurde in Russland ein offizielles Rundschreiben der Frau Krupskaja (der Gattin Lenins) veröffentlicht, in dem der Vorschlag enthalten war, die Werke Tolstois, Dostojewskis, Turgenjews und einer Reihe anderer Schriftsteller aus den Bibliotheken zu entfernen. Jetzt sind dem Beispiel der Frau Krupskaja eine Reihe von Zeitungen in einzelnen Orten gefolgt. Wie die „Iswestija“ vom 25. Februar mitteilen, ist im Bezirk Ussolst eine Kommission eingesetzt worden, die die Aufgabe hat, den Bücherbestand der Bibliotheken zu revidieren. Die Ergebnisse der Revision sind nach dem Bericht des amtlichen Organs der Sowjetregierung folgende:

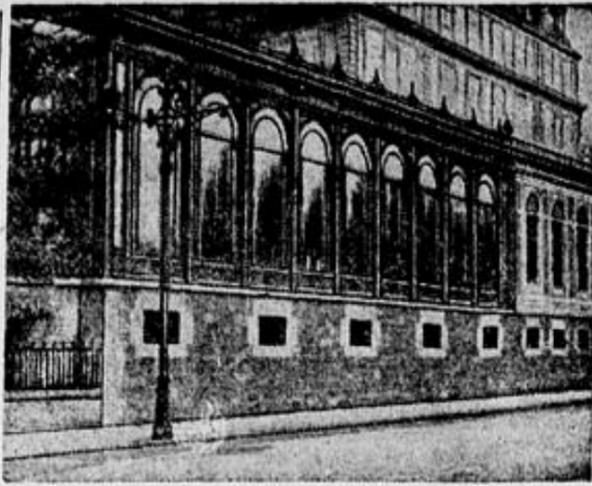
Aus den Bibliotheken ist entfernt das Buch von Stepanow-Skwarzow: „Erläuterungen über religiöse Anschauungen“. Als Begründung des Verbots wurde angeführt, daß die Religion ein Opium für das Volk sei und nicht näher untersucht zu werden brauche. Das Verbot an dieser Angelegenheit ist, daß der Verfasser dieses Buches — ein alter Kommunist ist, der noch heute Redakteur der „Iswestija“ in Moskau und zeitweilig auch der „Pravda“ in Petersburg ist.

Für die sozialistische Öffentlichkeit sind die weiteren Verbote der Zensoren in Ussolst von besonderem Interesse. Es sind laut Beschluß der Zensorenkommission aus den Bibliotheken entfernt worden: Plechanow: „Grundprobleme des Marxismus“, Kautskis: „Ethische und materialistische Gesichtsauffassung“. (Als Begründung wird angeführt, daß die Verfasser dieser beiden Bücher „opportunistische Politik“ getrieben hätten.) Ferner: „Das Erfurter Programm“ (als Begründung wird angeführt, daß auf dem Titelblatt kein Autor genannt sei); Vebele: „Charles Fourier und seine Lehren“ (als Begründung dieses letzten Verbotes erklärte der Inspektor des Bezirksbildungsamtes, daß keine anderen Lehren als die des Bezirksbildungsamtes auf dem Territorium des Bezirkes gelehrt werden dürften).

Die Moskauer „Iswestija“ entrüstet sich über die Dummheit der Zensoren in Ussolst. Es muß aber bemerkt werden, daß das Rundschreiben der Frau Krupskaja, das auf demselben Niveau steht, auch heute noch nicht aufgehoben ist.

Der Staatsbürger wird auf alle Fälle eingesperrt. Die politische Bezirksverwaltung Böhmisch-Leipa hat den Eisen- und Metallarbeiter D. B. mit Erkenntnis vom 5. März l. J., Zahl 936, zu einer Geldstrafe von 40 Kronen, eventuell 2 Tagen Arrest, verurteilt, weil er angeblich am Wahltag sein Wahlrecht nicht ausübte und dadurch die Bestimmung des § 6 der Wahlordnung übertreten hat. Der Sachverhalt ist folgender: D. B. ist in Walsirische bei Auffig bei seinen Eltern wohnhaft und arbeitet in der Gemeinde Sandau, wo er die Woche über wohnt, da er nicht täglich nach Walsirische fahren kann. Jeden Samstag fährt er seit Herbst 1924 nach Hause. Da er in Walsirische weiter angemeldet blieb, stand sein Name auch in der Wählerliste und vor dem Wahltag bekam er seine Wahldokumente ordnungsgemäß durch die Gemeindevorsteherung in Sandau gestellt. Die Gemeindevorsteherung in Sandau stellte ihm keine Wahldokumente zu. Ordnungsgemäß übte er sein Wahlrecht am Wahltag in Walsirische aus. Vor einigen Wochen erschien nun bei ihm ein Gendarm, um darüber Erhebungen zu pflegen, warum D. B. sein Wahlrecht in Sandau nicht ausgeübt habe. D. B. schilderte den Sachverhalt der Wahrheit entsprechend und bewerkte, daß er ja gar nicht annehmen konnte, daß er auch in Sandau in der Wählerliste eingetragen sei, da er von der Gemeinde keinerlei Wahldokumente zugestellt erhalten habe und aus diesem Grunde auch nicht auf den Irrtum aufmerksam machen konnte. Trotzdem erhielt er nunmehr das Straferekenntnis. Die politische Bezirksverwaltung hat sich über die Sache nicht erst viel den Kopf zerbrochen. D. B. war in Sandau nicht zur Wahl erschienen, obwohl er dort in der Wählerliste eingetragen ist, daher Übertretung des § 6 der Wahlordnung, Strafe, basta! Daß D. B., wenn er in beiden Gemeinden das Wahlrecht ausgeübt hätte, wegen Vergehens nach § 56 der Wahlordnung zu einer strengen Arreststrafe von einem bis zu sechs Monaten hätte verurteilt werden können, braucht die politische Bezirksverwaltung Böhmisch-Leipa nicht zu berücksichtigen! Nach dem weisen Erkenntnis müßte D. B. auf alle Fälle eingesperrt werden. Wählt er in einer der Gemeinden, in deren Wählerliste sein Name eingetragen ist, nicht, so wird er wegen unbegründeter Nichtausübung seines Wahlrechtes verurteilt; wählt er in beiden Gemeinden, so wird er wegen Übertretung der §§ 4 und 58 verurteilt, weil jedem Wähler nur das Recht zusteht, in einer Gemeinde und persönlich zu wählen. D. B. hat nun natürlich gegen das Erkenntnis an die politische Landesverwaltung berufen. Es muß aber die Frage gestellt werden, ob es angängig ist, daß den Staatsbürgern Unannehmlichkeiten bereitet werden, weil die politischen Behörden die Gesetze nicht kennen?!

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich in einem Kohlenbergwerk in den Vereinigten Staaten in Giles, unweit von Bluefield im Staate Virginia. Durch Schlagwetterexplosionen wurden 68 Grubenarbeiter verschüttet. Nach großen Anstrengungen gelang es bisher, 37 der eingeschlossenen lebend zu bergen, so daß noch 31 Bergleute augenblicklich verschüttet sind. Bis jetzt



Zu den Verhandlungen in Genf.

Die Glasveranda im Völkerbundpalais, in welcher der Völkerbundrat tagt.

ist erst ein Todesopfer festgestellt, viele der Getroffenen haben jedoch schwere Brandwunden davongetragen oder leiden an den Folgen der Gasvergiftung.

Autounfall auf der Brücke der Legionen. Gestern, kurz vor 6 Uhr früh, stießen beim Nationaltheater zwei Personenautos zusammen. Der Zusammenstoß war derart heftig, daß der eine Wagen in weitem Bogen ungefähr 20 Meter weit geschleudert wurde und die aus Beton und Sandstein bestehende Füllung des Geländers der Brücke der Legionen durchschlug. Nach den Aussagen des Chauffeurs Moury wurde sein Wagen von dem in rasendem Tempo fahrenden Taximeter mitten in der Straße erfaßt. Der Anprall war so stark, daß sich sein Auto auf der Stelle umdrehte und gegen die eiserne Tafel, die die Haltestelle der Elektrischen markiert, geschleudert wurde. Diese wurde umgeworfen und das Auto prallte gegen das Geländer der Brücke. Das rechte Rad seines Wagens brach mehrere der starken Betonpfeiler, die das Brückengeländer stützen, heraus und kam da erst zum Stehen. Beide Wagen sind stark beschädigt, und es ist als ein Wunder anzusehen, daß die Insassen der Autos zu keinem nennenswerten Schaden kamen. Der Chauffeur des Taximeters wurde in bewußtlosen Zustande auf die Chirurgische Klinik geschafft. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und eine Riswunde am Hals.

Das Mieterzuchtthaus von Heilbronn. Auf höchst originelle Weise beabsichtigt jetzt die Stadt Heilbronn das Mieterproblem, das schon so vielen Hauswirten Kopfzerbrechen verursacht hat, zu lösen; sie geht mit der löblichen Absicht um, ein Mieterzuchtthaus zu errichten. Zwar gibt sie ihm nicht diesen gar zu übel klingenden Namen. „Wohnbaraden für unguete Mieter“ soll der offizielle Titel sein, aber in der Wirkung wird die Strafkolonie einer Zuchtanstalt sehr ähnlich sehen. Denn das soll ja gerade der Zweck dieser „Mieterreform“ sein, daß „auffällige“ Mieter in Strafbaraden abgeschoben werden, um dort Zucht und Ordnung zu lernen. Bei Durchführung dieses „Gemeinnützigen“ Unternehmens geht der Heilbronner Gemeinderat sehr großzügig vor; er hat zur Errichtung der Strafbaraden 120.000 Mark bewilligt. Es wird also gar nicht allzulange dauern, da werden die „Wohnbaraden für unguete Mieter“ in der schönen Neckarstadt keine Ausgeburt übergrütter Phantasie sein. Wenn die Stadtväter so weiter ihrer Geschicklichkeit die Fingel schiefen lassen, dann machen sie die „Strafheime für Ungute“ zur öffentlichen Schandwahrheit. Der Fremde wird dann, wie er sich das Haus vom „Räthen“ ansieht, auch die Heilbronner „unguten Mieter“ besichtigen. So wird mit der Zeit die Stadt auf diese Weise noch die Baukosten herausgeschlagen. Wundern muß man sich nur, daß die Herren Stadträte nicht auch zugleich die Gelder für „Wohnbaraden für unguete Hauswirte“ bewilligt haben. Dem Vernehmen nach sollen doch manche Hauswirte ihren Mietern das Leben zur Hölle machen. Wie wäre es denn, wenn man für solche „unguten Hauswirte“ ein „Gefängnisheim“ erbaute? Oder stehen etwa die Heilbronner Hauswirte alle jenseits von Gut und Böse?

Ueber eigenartige Kulturzustände in Russland unterrichtet eine Meldung aus dem Dorf Krupol im Gouvernement Aiew. Der Bauer Walutschko beklagt sich bei Nachbarn über seinen irrsinnigen Sohn, der an Tobsuchtsanfällen leide. Die Nachbarn erböten sich, den Sohn für 15 Millionen Rubel zu töten. Nach Erhalt des Geldes wurde die Tat feierlich ausgeführt. Sämtliche Teilnehmer an dem Verbrechen wurden verhaftet.

Intellektuelle und Arbeiterpartei in Japan. In Tokio ist eine neue Organisation von Intellektuellen entstanden, die der Arbeiterpartei in Wort und Schrift zur Beschleunigung der Gründung einer politischen Arbeiterpartei, die bisher noch in Japan fehlt, behilflich sein soll. Der Organisation gehören bekannte Professoren, Schriftsteller und Gelehrte an.

Unsere Enthüllungen über die Prager Waffenschleber haben auch in der ausländischen Presse Beachtung gefunden. Unter anderem bringen die „Wiener Neuesten Nachrichten“ und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ Auszüge aus unserer Veröffentlichung. Das Münchener Blatt bemerkt hierbei, daß die Enthüllungen des „Sozialdemokraten“ vorbelastend seien, daß man mit Spannung die Reichsermittlungsversuche der verantwortlichen Stellen erwarten müsse. Von der heimischen Presse beschäftigen sich mit unseren Enthüllungen die „Bohemia“, die „Reichenberger Zeitung“ — anlässlich der freitägigen Explosionskatastrophe

gewinnt die Angelegenheit ein besonderes Interesse — das „Karlsbader Tagblatt“ — „unter Umständen sieht man vor einer Skandalaffäre ersten Ranges“ — und schließlich das „Trautenauer Tagblatt“. Die tschechische und auch die kommunistische Presse, die anscheinend andere Sorgen haben, schweigen sich über die Angelegenheit noch aus.

Keine Uebernahme des „Abend“ durch die Sozialdemokraten. Wie das Wiener sozialdemokratische Parteisekretariat in der „Arbeiterzeitung“ mitteilt, hat der Parteivorstand um Anträge des Herausgebers des „Abend“, die journalistische Führung und die finanziell-administrative Beherrschung des „Abend“ unter die Kontrolle des Parteivorstandes zu stellen, festgestellt, daß die Bedingungen der Arbeitsgemeinschaft des „Abend“ im Sinne des Organisationsstatuts nicht ermöglichen. Zur Frage des Herausgebers des „Abend“ an den Parteivorstand, ob er bereit wäre, die gegen den „Abend“ und seine Mitarbeiter erhobenen Beschuldigungen durch ein Ehrengesetz zu untersuchen zu lassen, hat der Parteivorstand festgestellt, daß weder gegen den Herausgeber des „Abend“, noch gegen irgend ein anderes der Arbeitsgemeinschaft des „Abend“ angehörendes Parteimitglied irgend eine greifbare ehrenrührige Beschuldigung erhoben worden sei, die den Gegenstand einer ehrengerichtlichen Ermittlung bilden könnte, weshalb der Parteivorstand keinen Anlaß zu einer ehrengerichtlichen Untersuchung sieht. Er werde aber immer bereit sein, ein Ehrengericht einzusetzen, falls irgend eine substantiierte Beschuldigung gegen ein Parteimitglied erhoben werden sollte.

Vier Eiskfahrer vernicht. Wie aus Kippel in der Schweiz berichtet wird, werden vier Eiskfahrer vernicht, welche am Donnerstag über Lötschental-Altschlaglescher nach der Concordia-Hütte gingen. Man vermutet, daß sie durch einen plötzlich eintretenden Schneesturm die Orientierung verloren haben und umkamen. Eine Rettungsaktion fand in der Steiger-Hütte in den Rudfäden die Route vermerkt, konnte jedoch die Vernichteten nicht auffinden. Die Opfer sind vier Einwohner von Kippel, darunter drei Brüder.

Dampfseleexplosion in Debrecein. Dienstag nachmittags explodierte aus bisher unbekannter Ursache der große Dampfessel der Ledersabrik der Gebrüder Riß. Bei der Katastrophe kam ein Arbeiter und ein Hilfsmaschinist ums Leben. Die Feuerwehre rühte mit großem Apparat aus; auch die Rettungsgesellschaft war zur Stelle. Der Schaden konnte bisher auch nicht einmal annähernd festgestellt werden.

Mord und Selbstmord am Friedhofe in Schleiß-Ditrau. Am Friedhofe in Schleiß-Ditrau spielte sich gestern zeitlich in der Früh eine Liebes- tragödie zweier junger liebender Menschen ab. Der Totengräber fand bei seinem Morgenrundgang auf einem Grabe zwei regungslose Körper liegen und verständigte davon sofort die Polizei, die sogleich einen Mord feststellte und deshalb augenblicklich Erhebungen einleitete, um die Todesursache der beiden jungen Menschenleben aufzuklären. In den Getöteten wurde der 24jährige Franz Plewa aus Schleiß-Ditrau festgestellt, während die Getötete nicht agnosziert werden konnte. Plew törete zuerst durch einen gutgezielten Schuß in die Schläfe seine Geliebte und entleerte sich dann selbst durch einen ebenfalls sehr gut gezielten Revolvererschuß. Der Tod trat nach Angabe der Ärzte augenblicklich ein. Die Liebenden, um welche es sich in diesem Falle höchstwahrscheinlich handelt, hinterließen gar nichts, auch nicht einmal ein Schreiben, aus dem die Ursache ihres grauenvollen Entschlusses hervorgehen würde. Die Ursache ist offenbar unglückliche Liebe.

Ein Naturschutzgebiet im sächsischen Erzgebirge. Der Nachrichten dienst der Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände teilt mit: Ein drittes Naturschutzgebiet hat der Landesverein Sächsischer Heimatschutz durch Kauf in seinen Besitz gebracht. Bisher besaß er außer kleineren Schutzgebieten, besonders den weitläufigen Teil des an seltenen Pflanzen reichen Rechengrundes, der von Oberwiesenthal längs des sächsisch-böhmischen Grenzlandes bis zur böhmischen Grenze reicht. Das zweite umfangreiche Schutzgebiet liegt beim Sattelberg und hat ebenfalls eine ausgezeichnete Flora, darunter zehn Arten Orchideen, die Frits sibirica, die Feuerlilie u. a. Nunmehr hat der Heimatschutz das Georgenfelder Hochmoor im Rasmahle von rund 12 Hektar erworben. Fortan bleibt das letzte und

einziges Hochmoor im östlichen Erzgebirge in seiner ursprünglichen eigenartigen Schönheit und mit seinem Hauch aus Urwaldslagen dauernd erhalten, ein letztes Stück Urland des Sächsischen Landes wird als Naturdenkmal hinübergerettet in künftige Zeiten.

Im Charlottenburger Gastwerk ereignete sich Dienstag mittags bei der Inbetriebnahme neuer Leuten eine Explosion, durch die die Wand eines Ofens eingerissen und der leitende Oberingenieur Franz Heyden so schwer am Kopf getroffen wurde, daß er einen Schädelbruch erlitt. Ein Maurer kam mit einer Armverletzung davon.

Seine Frau verkauft hat der Mechaniker A. I. Jan in Leeds in England. So mußte er sich wegen des „Geschäfts“ vor dem dortigen Gerichtshof verantworten. Die englischen Richter neigten zu der Ansicht, daß es dem Wesen der Ehe widerspreche, seine Frau an einen anderen Mann gegen Entschädigung abzutreten. Man hat seine Frau, wie der Prozeßbericht ergab, aus Liebe geheiratet. Diese Liebe dauerte jedoch nicht in gleicher Stärke an. Geldsorgen machte sie tot. Da erschien eines Tages ein Fabrikbesitzer und reicher Kaufmann namens Phillips. Bei einem Glas Wein hatte Herr Phillips mit Herrn Jan eine Unterredung, in deren Verlauf man sich über die Abtretung der Frau gegen eine „Abfindungssumme“ von 500 Pfund einigte. Das Nachspiel der Geschichte fand vor dem Gerichtshof in Leeds statt. Der Staatsanwalt hielt sich für befugt, ausdrücklich zu erklären, daß man in England lebe und nicht in einem Regierich und zu betonen, daß die Ehe kein Kaufvertrag, sondern die Grundlage des Staatswesens sei. So wurde der Mechaniker Jan zu einer Kerkerstraße von 19 Monaten verurteilt.

Ein Mord an einem vierjährigen Mädchen war der Verhandlungsgegenstand gegen den Arbeiter Erich Fuffan vor dem Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin. Fuffan, der infolge erblicher Augenüberfülle von den Ärzten als Tobschänder bezeichnet wird, scheint von ganz dunklen sexuellen Trieben beherrscht zu sein. Er pflegte sich am Saugen fremden Blutes zu berauschen und schreckte in diesem Trieb selbst vor einem Mord nicht zurück. Eines Tages hatte Fuffan ein kleines Mädchen in den Köpenicker Wald verschleppt und wollte daran gehen, ihm einen Schnitt in die Brust zu versetzen und sich wieder an dem Blut zu berauschen. Da das Kind stark schrie, würgte er das Mädchen, so daß es starb. Der Staatsanwalt hielt die Anklage auf fahrlässigen Totschlag aufrecht und beantragte fünf Jahre Zuchthaus. Das Gericht ließ jedoch die Tötungsabsicht fallen und erkannte auf eine Strafe von drei Jahren Gefängnis.

Das Rohrpostnetz in Berlin soll außerordentlich erweitert werden. Eine neue Linie nach dem Zentralfriedhofen ist bereits fertiggestellt. Die Beförderung auf den zukünftigen Eilstrecken soll mit einer Geschwindigkeit von 60 bis 70 Kilometer vor sich gehen, wodurch die bisherige Schnelligkeit der Rohrpost nahezu verdoppelt wird. Die Benutzung der Rohrpost-Einrichtung hat im letzten Monat wieder Friedensumfang erreicht.

Brand eines berühmten russischen Klosters. Das im 16. Jahrhundert erbaute Tschoin-Kloster, eines der malerischsten Bauwerke der orthodoxen Kirche, ist ein Raub der Flammen geworden und bis auf ganz geringe Mauerreste vollständig zerstört worden.

Ein Postwagen überfallen und ausgeraubt. Wie im deutschen Gebiete dieses Staates überall durch roten Anschlag der Bevölkerung mitgeteilt wird, wurde am 6. Februar 1926 der Gutsbesitzer Buschbeck in Rübena in Sachsen nachts von Räubern überfallen und getötet. Man stellte fest, daß es sich bei den Mördern um die Brüder Heinrich und Anton Michl aus Prütz handelte. Die Brüder Michl flohen über die Grenze nach Böhmen, wurden in Deutsch-Einsiedel festgenommen und in den Gemeinderat gefügt, brachten aber nachts aus und verschwand. Nun haben sie schon wieder ein neues Verbrechen begangen. Am 6. März gegen Mittag wurde der vom Bahnhof Pirstein nach Pirstein fahrende Postwagen bei der Wegkreuzung Rübena-Klosterle von zwei Burken überfallen. Der eine Burke verfeuerte dem Postkutscher mit einem Schlagring einen wichtigen Pieb in die Schläfengegend und verletzte ihn dadurch ziemlich schwer. Die beiden Räuber stiegen dann über den bewußtlosen Kutscher her, entnahmen seiner Tasche die Schüssel zu dem Postwagen und raubten den Postbeutel, in dem sich mehrere Geldbriefe befanden. Dann verschwanden sie. Der Kutscher erholte sich später wieder und brachte den Postwagen nach Pirstein. Als Täter kommen Heinrich und Anton Michl in Betracht, wie nach der Personbeschreibung fast außer Zweifel steht. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Als in Courcelles in Belgien ein Kohlenarbeiter in seiner Trunkenheit über seine Frau herfiel, ergriff der 19jährige Sohn einen Revolver und schoß seinen Vater nieder. Ein anderer Fall ereignete sich in Haumont (Frankreich). Als dort ein Grubenarbeiter Montag abends in der Dunkelheit heimkehrte, wurde er im Hausgang überfallen und von seinem eigenen Sohn durch Messerstiche schwer verletzt. Ehe man den Mörder festhalten konnte, ergriff er die Flucht. Bis jetzt konnte er noch nicht ergriffen werden.

Um heiraten zu können, hat ein 20jähriger Burke in einem kleinen Ort bei Bordeaux einen Müller, der in einem einsam gelegenen Haus für sich allein lebte, plötzlich überrascht und erschossen. Nach seiner Bestattung erklärte er, daß er den Plan zur Tötung des Müllers zusammen mit seiner Braut und ihrer Mutter ausgeheckt habe, um am anderen Morgen — seine Hochzeit feiern zu können.

Prager Kurse am 10. März.

Table with exchange rates for various currencies including 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Francs, etc.

Die Regelung der Beschäftigung und des Aufenthaltes ausländischer Arbeiter in der Tschechoslowakei.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat an die politischen Bezirksverwaltungen in obiger Angelegenheit nachstehenden Erlaß hinausgegeben: Nach verschiedenen Regierungsverordnungen können die Ausländer die Grenzen der Tschechoslowakischen Republik nur auf Grund des Passes überschreiten, welcher den Voraussetzungen entspricht...

Zum Schutze des einheimischen Arbeitsmarktes vor den unerwünschten Zutritten der Arbeitskräfte aus dem Auslande und im Interesse des Vermeidens der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakischen Republik wird seitens der tschechoslowakischen ausländischen Arbeiter das Visum nur denjenigen Ausländern, die auf dem Gebiete des hiesigen Staates eine Stelle (einen Dienst) antreten wollen, nur in Ausnahmefällen erteilt, falls der Bewerber um das Visum die Bewilligung zur Ausübung einer Beschäftigung in der Tschechoslowakischen Republik vorweist...

Die Bewilligung zur Ausübung der Beschäftigung auf dem Gebiete des hiesigen Staates nicht haben und die nach eigenen Angaben hier keine Stelle (keinen Dienst) antreten würden, wird von den Vertretungsämtern mit der Klausel „Zum Antritt einer Stelle unzulässig“ versehen.

Falls solche Ausländer, deren Visum mit der Klausel „Zum Antritt einer Stelle unzulässig“ versehen sind, oder solche, deren Visum zwar ohne diese Klausel sind, aber bei denen festgestellt wird, daß sie bei der Bewerbung um das Visum einen anderen Zweck der Reise (zum Beispiel „Zum Besuch“) angegeben haben, nach dem 30. April 1923 in das Gebiet des hiesigen Staates gekommen sind und hier eine Stelle (einen Dienst) angetreten haben, so sind sie aufzufordern, das Arbeitsverhältnis zu lösen oder sich bis zu einer bestimmten Frist — längstens in vier Wochen — nachträglich die Bewilligung zur Ausübung der Beschäftigung zu besorgen.

Falls der Ausländer auf diese Aufforderung das Arbeitsverhältnis löst und somit bei ihm die Sicherheit vorhanden ist, daß er auf eine erlaubte Art und Weise seinen Lebensunterhalt findet (er lebt vom Kapital, von den Unterhaltungen seiner Verwandten oder aus Mitteln, die er sonst irgendwo legal erwirbt und daher den einheimischen, hiesigen Arbeitsmarkt nicht schädigt), oder falls er sich nachträglich die Bewilligung zur Ausübung der Beschäftigung verschafft, kann ihm der Aufenthalt auf dem hiesigen Gebiete nicht verweigert werden. Falls jedoch diese Voraussetzungen nicht vorhanden sind, so ist im Sinne des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 11. Februar 1926, Zl. 8617—1926—5, die Vor-

VERLANGET UEBERALL



forge zu treffen, daß der Ausländer das Gebiet der Tschechoslowakischen Republik verläßt.

Auch solche Ausländer, die Staatsangehörige eines Staates sind, mit welchem die Visumspflicht zufolge eines gegenseitigen Abkommens befreit wurde, sind, soweit sie nach dem 30. April 1923 in das hiesige Gebiet gekommen sind und eine Stelle (einen Dienst) angetreten haben, aufzufordern, sich entweder die oben erwähnte Bewilligung zum Antritt der Stelle (des Dienstes) zu besorgen oder das Arbeitsverhältnis zu lösen; falls sie dies nicht machen, so ist gegen dieselben in der im vorigen Absatze geschilderten Weise vorzugehen.

Ähnlich ist auch in denjenigen Fällen vorzugehen, wo die Gültigkeit der erteilten Bewilligung zur Ausübung der Beschäftigung aufgehört hat, oder, falls der Ausländer eine Stelle bei einem anderen Arbeitgeber angetreten hat, als auf welchen die Bewilligung erteilt ist.

Zwecks richtiger Durchführung dieser Regelung fordert das Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern alle politischen Ämter erster Instanz auf, eine genaue Evidenz der Ausländer, die in ihren Amtsbezirken zum Aufenthalte angemeldet sind, und in ein Arbeitsverhältnis getreten sind, zu führen.

Die Gemeindeämter sind zu beauftragen, von jeder Anmeldung des Ausländers zum Aufenthalt, soweit dieser Aufenthalt wenigstens vierzehn Tage dauert, sofort die zuständige politische Behörde erster Instanz zu verständigen.

Die Gemeindeämter sind gleichzeitig aufzufordern, die in der Gemeinde wohnenden Ausländer in genauer Evidenz zu halten und solche Fälle, bei welchen sie den Verdacht haben, daß die Ausländer unterdessen die Stelle (den Dienst) angetreten haben, der politischen Behörde zwecks weiterer Veranlassung bekanntzugeben.

Der Film.

Sha de Putti hat noch vor ihrer überstürzten Amerikareise bei der Terra ihren einstweilen letzten Film deutscher Produktion beendet: „Junges Blut“.

Ihr Mann ist Dustin Farnum, einer jener Filmhelden, die das geliebte Mädchen mit unerschütterlicher Ruhe und Ausdauer so lange verfolgen und bearbeiten, bis es ihnen schließlich doch liebend in die Arme sinkt. Die Geschichte ist zu bekannt, aber wenn sie nett und unterhaltend gebracht wird, kann man sie sich wieder von neuem ansehen, aber nur, wenn man an den Film keine höheren Ansprüche stellt. Neues bringt das Stück natürlich nichts, aber Dustin Farnum ist ein sympathischer Darsteller und seine Gegenspielerin Pathy Ruth Miller ist bei weitem angenehmer und anzusehender als ihr erotisch klingender Name.

Die Einführung der Prinzessin Sonia, die eigentlich gar keine Prinzessin ist, sondern nur ein

kleines Mädchen, ist eine recht aufregende Geschichte aus dem Theaterleben, die glücklicherweise in allseitiges Wohlgefallen ausklingt. Das ist ja schließlich und endlich die Hauptsache: man läßt sich einige Zeit hindurch spannen, macht einen schrecklichen Brand und eine wilde Jagd mit und geht dann befriedigt nach Hause in dem beruhigenden Bewußtsein, daß sich die zwei Richtigen doch bekommen haben. Wenigstens sind die Erzeuger der Spielfilme dieser Ansicht. Nur das Publikum wird imstande sein, sie eines Besseren zu belehren.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag abends halb 8 Uhr „Die Geisha“, Freitag „Einen Jux will er sich machen“, Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Rascottchen“.

Turnen und Sport.

Der Sport in Japan.

Wie das gesamte Volksleben Japans gegenwärtig ein doppeltes Gesicht trägt, europäische Züge auf der einen, altjapanische auf der anderen Seite, so ist das auch beim Sport der Fall, wo die aus Europa eingeführten Sportarten neben dem überkommenen einheimischen Sport betrieben werden. Der Einzug des europäischen Sports hat aber gleichzeitig auch den großen Ansporn zur Popularisierung des Sports in allen Schichten des japanischen Volkes gegeben. Spiel und Sport, wie sie im Westen gepflegt werden, wurden zuerst unter den Studenten eingeführt und verbreiteten sich dann allmählich unter dem ganzen Volke, so daß jetzt selbst das früher fast zurückgezogene lebende weibliche Geschlecht eifrig Sportfreundinnen hat. Die schnelle Verbreitung des abendländischen Sports in Japan war in den letzten zehn Jahren besonders erstaunlich; Japans Teilnahme an den internationalen sowie den ostasiatischen olympischen Wettspielen hat dem Sport des Landes viele Anregungen gegeben. Mit der Verbreitung der verschiedenen Sportarten hat der Körperbau des Japaners entschieden eine Verbesserung erfahren, die besonders auffallend bei der jungen Generation des weiblichen Geschlechts ist. Die erwachsenen Mädchen sind durchschnittlich auffallend größer und stärker als ihre Mütter, was hauptsächlich auf die Verbreitung des Sports unter den jungen Mädchen zurückzuführen ist.

Bis vor etwa zehn Jahren kannte keine japanische Tageszeitung eine Sportbeilage; jetzt hat jede Zeitung nahezu täglich eine Sportbeilage, mindestens täglich eine Seite Sportnachrichten. Wie in Europa und Amerika veranstalteten die großen Zeitungen des Landes großartige Wettspiele der Sportler. Die japanische Arbeiterklasse hat allerdings noch keine nennenswerte Sportorganisation, eine Folge der mangelhaften politischen und wirtschaftlichen Organisation der japanischen Arbeiter.

Unter den aus dem Ausland eingeführten Sportarten ist das amerikanische Base-Ballspiel am meisten verbreitet. Es ist nahezu das Nationalspiel Japans geworden. Wie in Amerika, erregen die großen Base-Ballwettkämpfe zwischen den verschiedenen Universitäten allgemeines Aufsehen im ganzen Lande. Aber auch in jeder Volksschule, in jedem Dorfe und in jeder Fabrik wird heutzutage Baseball gespielt. Japan schickt alljährlich verschiedene Base-Ballmannschaften nach Amerika zum Wettspiel, und aus Amerika kommen viele Mannschaften nach Japan. Neben dem Baseball sind Tennis und Fußball sehr volkstümlich. Reichhaltige Spiele, wie Lau-

Herausgeber Dr. Ludwig Czecch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riecher. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holl.

7 Uhr „Kiba“, Montag halb 8 Uhr abends „Das Wahl der Spötter“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag abds. „Jonhys Bufenfreund“, Freitag abends „Phygmalion“, Samstag abends „Die Mama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Der Kreidekreis“, abends „Jonhys Bufenfreund“, Montag „Lady Fanny und die Dienstbotenfrage“.

Bereinsnachrichten.



Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Prag. 14. März Sonntag 1. Ausfahrt nach Liboch-Schlesien. Arbeits- u. Wanderpartie. Zuf. 6.45 Uhr; Abf. 7.16 Uhr vom Denstb. Nächster Vereinsabend am Mittwoch, den im Kaffee „Missa“. Von 8 Uhr bis 10 Uhr Kartelese-Kurs.

fen, Springen, Kugelwerfen, sind überall im Lande bekannt, auch Hoken und Golf sind längst eingeführt. Der Rudersport ist jetzt ganz nach westlichem Muster aufgezo-gen. Der Schwimmsport wurde bis vor kurzem nach japanischer Art ausgeübt, jetzt verbreitet sich allmählich als Folge der Teilnahme an internationalen Wettschwimmen die europäische Schwimmkunst. Schlittschuh- und Eislaufen sind wegen des Klimas des Landes nur in Ost- und Nordjapan möglich.

Als Sportarten, die allgemein in Japan noch betrieben werden, gelten Ringkampf, Fechten und Judo, für das in Europa noch die in Japan seit Jahrzehnten veraltete Bezeichnung Jiu-Jitsu üblich ist. Allerdings ist Judo die verbesserte Kunst des alten Jiu-Jitsu, Jiu-Jitsu selbst wird nirgends mehr geübt. Im Ringkampf gibt es jetzt langsam berufsmäßige Kämpfer, deren Kampfesweise sich allerdings von der europäischen unterscheidet. Fechten ist ebenso wie Judo in den meisten Mittelschulen obligatorisch eingeführt. Der Box-Sport, der im Abendland jetzt einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, ist in Japan noch sehr wenig bekannt.

S. Shirofaki-Tokio.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. C. m. b. S.

Großdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuere Satz- und Zugschneiderei mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 177-963

Kleine Chronik.

Die Sicherheitsnadel.

Schon im vorgeschichtlichen Altertum ist die Sicherheitsnadel bzw. ihre Vorgängerin, die sogenannte Fibel, ein allmählich verwendeter Gebrauchsgegenstand gewesen. Man hat in langen wissenschaftlichen Abhandlungen darüber gestritten, wo diese Nadel zuerst erfinden worden ist. Fest steht zunächst, daß die Germanen und Sumer ältester Zeiten auf germanischem Boden sich dieser Nadeln ebenso bedienen haben wie heutzutage, wo die jungen Leute ihre Schlippe mit goldenen Nadeln stechen, und daß auch die Frauen und Mädchen jener Zeit ihren Rock schon damals mit Nadeln festgehalten haben. Es hat Forscher gegeben, die den alten Germanen die kunstvolle Herstellung solcher zum Teil sehr schönen und kostbaren Nadeln nicht zutrauen wollten. Neuerdings hat man sich aber doch zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß die Erfindung der Fibel tatsächlich auf die angeblich kulturell so rückständigen Germanen zurückgeht. Von ihnen hat sich diese Nadel schon früh zu den Nordindogermanen, den Jähriern, Italiern und Griechen verbreitet, merkwürdigerweise aber nicht darüber hinaus. Selbst die Bewohner des heutigen Nordfrankreich nahmen sie erst verhältnismäßig sehr spät an, in der älteren Bronzezeit, und selbst da noch sehr spärlich. Nach Griechenland ist diese germanische Erfindung aus Norditalien gekommen, und in den jüdischen Gegenden kommt sie überhaupt nicht vor.

Wer einmal durch ein Museum geht, wird an den verschiedenen Formen dieser Fibeln inne werden, daß die Kunstfertigkeit der früheren Jähriensende sehr groß gewesen sein muß. Da gibt es eine zwei-

teilige, aber auch dreiteilige Nadel, ferner solche, bei deren eine Seite, in der die Spitze ruht, zu einer runden Scheibe ausgeflacht und mit allerlei Zierlinien versehen ist. Dann gibt es wieder verbreiterte Nadeln, auf denen sich ebenfalls Verzierungen befinden, und auf noch anderen finden sich sowohl am Kopfende der spitzen Nadel wie am entgegengesetzten Ende breite runde Platten, die dazwischen, daß diese Nadeln lediglich zum Schmuck dienen und kein Wert auf die Nützlichkeit ihrer Verwendung gelegt wird. Andere Nadeln endlich zeigen wundervoll gearbeitete verbreiterte Bügel. Die zweigliedrigen Nadeln sind fast alle schön gearbeitet; die eingliedrigen sehen nüchtern und schmucklos aus. Dennoch muß nach dem heutigen Stande der Wissenschaft die eingliedrige Nadel — also die Form, die wir heute als Sicherheitsnadel benützen — als eine spätere Erfindung als die mehrgliedrige gelten, denn bei ihr wirkt sich die Entdeckung der Federkraft aus, auf die der Mensch durch die Bogengewaffe aufmerksam geworden war. Die ältere Spiralfeder wurde in der Bronzezeit überall nur als Schmuck verwendet.

Die älteren Formen sind alle auf eine liegende Verwendung dieser Nadeln berechnet. Freilich gibt es auch Nadeln, deren geschweiftes Bügelband erkennen läßt, daß sie stehend verwendet werden sollten. Wie wichtig diese Nadeln für die Kenntnis der Geschmacksrichtung jener Zeiten sind, geht aus den großen wissenschaftlichen Arbeiten hervor, die über sie geschrieben wurden. An den Verzierungen, die auf den Nadeln angebracht sind, ist der jeweilig wohlseinde Zeitgeschmack deutlich zu erkennen. Die Geschichte dieser Fibeln oder Sicherheitsnadeln hat aber auch die Auffassung, daß die älteste Kultur aus dem Lande der aufgehenden Sonne ins wilde Europa gekommen sei, als vollkommene Fressfische erwiesen. Dr. W.

Familienatmosphäre und Erziehung.

Das Verhalten von Eltern und Kindern und den übrigen Familiengliedern zueinander bildet die seelische Atmosphäre, die erfreuend oder niederdrückend auf die Seele des Kindes, befruchtigend oder erregend auf sein Nervensystem wirken kann. Das Kind saugt gewissermaßen diese Atmosphäre in sich auf. Von der Freude und dem Leide, von der Harmonie oder Disharmonie der Beziehungen seiner Umgebung fällt Licht und Schatten auf die Seele des Kindes. Es nimmt mehr davon auf, als man gemeinhin ahnt. Eine ruhige, freundliche Familienatmosphäre wird auch das Kind ruhig, friedvoll, freundlich und freudig stimmen, seine Nerven befruchtigen. Eine gereizte, zankerküllte Atmosphäre, in der man mit Mißachtung, roh, grob und scheltend miteinander verkehrt, muß das Gemüt des Kindes verdüstern, beunruhigend und aufreizend auf seine Nerven wirken.

In nicht geringerem Maße gilt das von der Behandlung, die dem Kinde selbst zuteil wird. Wenn man bedenkt, daß in Forderungen der Reinlichkeit, in den verschiedenen Ge- und Entwöhnungen, im Verlangen so vieler Dinge, nach denen das Kind greift, in der Beschränkung seines Bewegungs- und Betätigungskreises aus Gründen der Hygiene und Sicherheit schon viel Verzicht vom Kinde verlangt wird, so wird man einsehen, daß die Nerven der Kinder auch bei dieser Anpassung an das Milieu nicht wenig zu leiden haben. Das gilt um so mehr, als viele Mütter ihre Forderungen und Verbote durch Schelte und Drohungen, auch wohl Züchtigungen, bekräftigen zu müssen glauben. Ruhige Konsequenz und nie verlassende Geduld führen zu den gleichen Resultaten und haben nicht die nachteiligen Folgen, die Drohungen, Schelte und Schläge

nach sich ziehen. Eine schlechte Behandlung erhöht nicht nur die Nervosität des Kindes, sondern verdirbt auch den Charakter, weckt Trotz, Feindseligkeit und Mißtrauen. Die Erziehung wird durch solche Maßnahmen im Grunde nur erschwert. Kinder, die geschlagen werden, sind nur folgsam, solange der Prügelfloß über ihnen schwebt. Sie halten sich dann in verstockter Weise schadlos, fallen wohl auch offen in das alte Verhalten zurück, sobald sie sich außerhalb des Bereiches der Züchtigung wissen.

Ein guter Erzieher ist immer in der schwierigsten Lage gegenüber Kindern, die vorher mit Schlägen erzogen worden sind. Solche Kinder nehmen alles nur ernst, wenn eine Strafe in Aussicht steht. Da die moderne Erziehung aber das Zuchtmoment von vornherein ausschalten sucht, so sind solche Kinder zunächst geneigt, einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Aenderung ihres Betragens kaum zu beachten. Sie verschließen sich leicht einer vernünftigen Einsicht, und man hat es oft schwer, auf sie einzuwirken. Ueberhaupt trägt häufiges Verbieten, Zurechtweisen, Drohen und Strafen sehr viel dazu bei, in ganz gesunden Kindern einen nervösen Charakter zu schaffen. Sie werden dann reizbar, zerfahren, unsterk; unfähig zur Konzentration des Geistes und Willens, übelausig, rechtaberlich, herrschsüchtig und verbreiten eine Atmosphäre der Unruhe, Friedlosigkeit und Regellosigkeit auch um sich her. Einer gesunden seelischen Entwicklung am förderlichsten und erzieherisch am zweckmäßigsten ist es, den Kindern ein Ausleben ihrer Interessen und Bedürfnissen soweit zu gestatten und zu gewährleisten, als es ihnen selbst und ihrer Umgebung keinen Schaden bringt. Die Einschränkung ihrer Bewegungs- und Betätigungsfreiheit muß in den notwendigen Grenzen gehalten bleiben, und im Strafen und Verweisen ist die größtmögliche Sparsamkeit wünschenswert. E. R.